abteilungen gekrönt wurden. Gerade diese Maßnahmen seien damit begründet worden, daß eine militärisch organisierte Macht folgerichtig zu Zusammenstößen und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen könne. Hier sei also das erste Mal von den bürgerkriegsähnlichen Zuständen gesprochen worden, auf die die Reichsregierung jetzt hinweise. Auf der Rechtsgrundlage der erwähnten Verordnungen habe die Polizei ihren schweren Dienst verrichtet. Mitten in diesem Kampf mußte plötzlich von einem Tag zum andern das Steuer herumgerissen werden. Die Länder protestierten aufs lebhafteste dagegen, und erklärten, daß in diesem Augenblick gar keine Gefahr des Aufflammens der kommunistischen Bewegung bestehe. In diesem Zusammenhang verwies Dr. Brecht auf die kürzlich veröffentlichte Statistik der Todesopfer, die bis Mitte Juni monatlich etwa acht bis zehn Tote verzeichnete, während von da ab ein starkes Anschwellen zu verzeichnen war. **Der Kausal-Zusammenhang der ganzen Ereignisreihe liege klar zutage: Die Aufhebung des Uniformverbots und die Steigerung der Unruhen, die darauf einsetzten und ebenso der Zusammenhang zwischen den Abmachungen bei der Einsetzung der Regierung von Papen und ihrer Unterstützung durch die Nationalsozialisten auf der einen Seite und das Vorgehen gegen die preußische Regierung auf der anderen Seite.** Es liege ihm fern, politische Angriffe gegen die Reichsregierung zu richten. Es handle sich nur um die rechtliche Zulässigkeit der Maßnahmen. Es sei wie bei allen politischen Ermessensfragen das gute Recht der Reichsregierung, andere Ansichten zu haben als etwa ihre Vorgängerin und als die Länder, aber auch die Länder hätten dieses gute Recht. In dem Kampf gegen verbrecherische Vorkommnisse, die aus dem Lager der äußersten Rechten kamen, habe es zwei Möglichkeiten gegeben: die kriminalistische Bekämpfung und den politischen Versuch, die psychologischen Grundlagen zu ändern, aus denen heraus die Verstöße begangen wurden. In den Kreisen des Reichskanzlers von Papen habe man offenbar den zweiten Weg gehen wollen, um so den Aufbauwillen der nationalsozialistischen Bewegung zu betonen und zu bestärken. **Aber dabei hätte er die Grenzen der Verfassung wahren müssen und das sei bei der Absetzung der preußischen Regierung nicht geschehen.**

Der Standpunkt des Reiches

Nachdem Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke noch die Ansicht geäußert hatte, daß die Verschiebung der Erörterung dieser Frage wohl auf die Beamtenernennungen keinen Einfluß haben werde, erteilt er dem Vertreter der Reichsregierung,

Min.-Direktor Dr. Gottheiner

das Wort. Dr. Gottheiner führt u. a. aus: Der Vorsitzende hat heute morgen betont, daß in der Verhandlung hier nur erörtert werden soll, was für die Entscheidung des Verfassungsstreites, also für die Entscheidung der Rechtsfragen aus Art 48 usw. von Bedeutung sei. In Beachtung dieses Grundsatzes werde ich es mir versagen, auf jede Einzelheit einzugehen, die der Vertreter Preußens heute vormittag vorbrachte. Insbesondere müssen nach meiner Ansicht alle Vorgänge aus der Erörterung ausschalten, die nach dem Erlaß der Verordnung vom 20. Juli 1932 sich ereigneten und die nicht mit der Durchführung der Verordnung im rechtlichen Zusammenhang stehen. Selbstverständlich kann man auch für Vorgänge, die der Verordnung vom 20. Juli vorausgehen, eine wesentlich andere Darstellung geben, als es der Vertreter des preußischen Staatsministeriums tat. Ich will auch nach dieser Richtung hin nicht auf alle Einzelfragen eingehen, die Dr. Brecht anschnitt, muß aber betonen, daß die blutigen Vorgänge, die sich seit geraumer Zeit insbesondere im Osten abgespielt haben, bereits zu einer Zeit, die der Verordnung vom 20. Juli lange vorangeht, nach Auffassung der Reichsregierung zu einem wesentlichen Teil auf die völlig einseitige Behandlung zurückzuführen sind, die man der ständig wachsenden nationalsozialistischen Bewegung hat angedeihen lassen. Die Reichsregierung tritt der Auffassung über die Unzweckmäßigkeit ihrer Maßnahmen, die der preuß. Vertreter heute vortrug, nachdrücklichst entgegen. Ihre Maßnahmen sollten dem Zweck dienen und haben auch dem Zweck gedient, für den Erregungsstoff, der sich durch die einseitige Behandlung der Nationalsozialisten angestaut hatte, ein Ventil zu schaffen und damit einem politischen Ausbruch, einem Bürgerkrieg vorzubeugen.

Gegenüber Min.-Dir. Dr. Brecht muß ich noch eines betonen: Es ist nicht wahr, daß zwischen der gegenwärtigen Reichsregierung und der nationalsozialistischen Bewegung irgendeine Vereinbarung getroffen worden sei, welche das Vorgehen gegen die preußische Staatsregierung zum Gegenstand gehabt habe. Die Reichsregierung hat sich in freier und verantwortungsbewußter Entscheidung zu den Schritten vom 20. Juli 1932 entschlossen.

Die objektive Sachlage, die das Vorgehen des Reiches für die Verordnung vom 20. Juli notwendig gemacht hat, ist in erster Linie durch die blutigen Unruhen des Sommers 1932 gekennzeichnet. In einer Zeit höchster Not und Verarmung des deutschen Volkes standen festorganisierte Parteien im Zustand äußerster Erregung kampfbereit einander gegenüber. Die Reichsregierung hat in ihren Schriftsätzen dem Staatsgerichtshof Berichte über die blutigen Vorgänge in Ohlau am 10. Juli und in Altona am 17. Juli sowie über die umfangreichen Waffenschiebungen in Suhl vorgelegt. Hier waren Angreifer nicht die Nationalsozialistischen, sondern Angehörige der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei. Bei den Polizeimaßnahmen haben in diesen Fällen zwar die Exekutivbeamten, insbesondere in Altona, ihre Pflicht getan, nicht aber die verantwortlichen Leiter der Polizei. So hat trotz der gespannten Lage z. B. der Polizeipräsident in Altona es für richtig gehalten, nicht persönlich Dienst zu tun, sondern sich vertreten zu lassen. Diese Vorgänge waren nur einzelne Symptome einer überaus gefährlichen Gesamtlage. In der Presse wurde allgemein bereits von einem Zustand des Bürgerkrieges gesprochen.

Diese Gefahrenlage, die am stärksten in Preußen hervortrat wurde für dieses Land durch das Verhalten und die parteipolitische Lage der damaligen geschäftsführenden preußischen Regierung erheblich gesteigert. An der Staatsfeindlichkeit der kommunistischen Partei — das kann man wohl ohne jeden Zweifel aussprechen — ist nicht zu zweifeln. In zahlreichen Urteilen des Reichsgerichtes sind die revolutionären Ziele und die planmäßig auf Bürgerkrieg und gewaltsamen Aufstand gerichteten Bestrebungen dieser Partei zur Genüge nachgewiesen. Gerade aber diese Partei konnte vermuten daß die damalige preußische Regierung aus parlamentarisch-taktischen, wie aus anderen Gründen, gegen die Kommunisten nicht mit letzter Entschiedenheit vorgehen werde, sondern sich die Möglichkeit einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus offen halte, und daß sie sich mit den Kommunisten in dem gemeinschaftlichen Gegensatz zu den Nationalsozialisten verbunden fühle.

Sodann ging Ministerialdirektor Gottheiner zur Schilderung der tatsächlichen Vorgänge vom 20. Juli über. Er erklärte, nicht anerkennen zu können, daß die Darstellung von Ministerialdirektor Dr. Brecht in allen Teilen vollständig gewesen sei. Es sei Tatsache, daß die sämtlichen ihres Amtes enthobenen Minister ihre vollen Bezüge weiter erhalten haben. Tatsache sei es auch, daß Ministerpräsident Braun jedenfalls auf diesen Umstand sehr großen Wert gelegt habe. Minister Severing habe die Sachlage, die der Reichsregierung Veranlassung zu ihrem Vorgehen gegeben habe, genau so beurteilt wie die Reichsregierung selber. (?)

Prof. Heller-Frankfurt a. M., der Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, ersucht den Ministerialdirektor Gottheiner den Brief vorzulegen, worin der Ministerpräsident Braun sich befriedigt über seine Gehaltsregelung ausgesprochen habe und diese Frage als wesentlichsten Punkt der ganzen Sache bezeichnet haben solle. Er muß, so fährt er fort die Wahrheit der Behauptungen über einen solchen Brief bis zur Vorlegung des Briefes bezweifeln, ebenso wie ich bezweifele, daß Minister Severing sich selbst für die Einsetzung des Reichskommissars erklärt haben solle. Prof. Heller bringt dann einen Antrag ein, der dartun soll, daß die Reichsregierung bei ihrem Vorgehen gegen Preußen sich nicht nur auf Artikel 48 stütze,

sondern daß Abmachungen mit den Nationalsozialisten darüber bestanden hätten, die dieses Vorgehen erforderten.

Als Zeugen benenne die preußische Regierung für diese Fragen den Reichskanzler v. Papen ferner Adolf Hitler und Herrn v. Gleichen.

Hierauf äußert sich für die Vertreter der Reichsregierung **Prof. Schmitt.** Er sagt, bei den Vorgängen vom 20. Juli seien zwei Bestandteile zu unterscheiden, die sich gleichzeitig ergaben, und zwar eine Bürgerkriegslage, in der sich Parteien gegenüberstanden, und eine Konfliktslage, in der sich zwei Regierungen gegenüberstanden.

Ministerialdirektor **Dr. Brecht** erklärte, daß es sich hier vor allem darum handele, auf dem Boden des positiven Rechts zu bleiben und zu prüfen, wer seine Pflicht verletzt habe.

Ministerialdirektor Badt bezeichnet als die wichtigste Tatsache der heutigen Verhandlung die konkrete Behauptung, daß Severing im Juni dieses Jahres selbst die Einsetzung eines Reichskommissars verlangt haben solle; er könne aber einen konkreten Gegenbeweis erbringen. Dr. Badt verlas ein Dokument, das Severing am 6. Juli unterzeichnete und worin er sich grundsätzlich über die Frage des Reichskommissars für Preußen dahin äußerte, daß die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nach Artikel 48 der Verfassung nicht zu rechtfertigen sei. Die Behauptung der Reichsvertreter sei demnach zwar neu, aber unrichtig.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner: Ich muß erklären, daß ich meine Behauptung aufrechterhalte. Vorgänge im Innern des Ministeriums sind nicht so bedeutungsvoll wie nach außen abgegebene Erklärungen. So hat Severing auch am 20. Juli erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Aber er hat nachher mit Vertretern der kommissarischen Regierung das Maß der Anwendung der Gewalt vereinbart. (Unruhe bei den preußischen Vertretern.)

Ministerialdirektor Dr. Brecht meint, es wäre am zweckmäßigsten, schon am Dienstag den Minister Severing und Freiherrn von Gayl zu dieser Angelegenheit zu hören. Auf seine Bitte fragt dann der Vorsitzende den Vertreter des Reiches, ob es sich nicht vielleicht um eine Unterhaltung über irgendeinen anderen Reichskommissar auf einem speziellen Gebiet gehandelt haben könne. Ministrialdirektor Dr. Gottheiner: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei der Unterredung um die Einsetzung eines politischen Reichskommissars gehandelt habe.

Die weitere Aussprache ergibt schließlich, daß der Gedanke zwischen Preußen und dem Reich einmal behandelt wurde, ob man nicht den Zustand beseitigen könne, daß im Norddeutschland in verschiedenen angrenzenden Ländern die Polizei einmal von einem sozialdemokratischen und einmal von einem nationalsozialistischen Minister geführt werde. Da könne der Gedanke der Einsetzung eines Polizeikommissars für Norddeutschland einmal erwogen worden sein.

Nach mehr als siebenstündiger Verhandlung wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

Dresden und Umgebung

Um die Einheitskandidaturen

Wie wir erfahren, fanden am Montag neue Verhandlungen über die Aufstellung von Einheitskandidaturen der bürgerlichen Mitte in Sachsen statt. Positive Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es soll später nochmals verhandelt werden.

Landesverband der höheren Beamten Sachsens

Der Landesverband der höheren Beamten Sachsens hält seine diesjährige Mitgliederversammlung am 22. und 23. Oktober in Dresden ab. Nach einem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Oberregierungsrats Rentsch sprechen Senatspräsident a. D. Dr. Degen über Notverordnungen und wohlerworbene Rechte und Oberstudiendirektor Dr. Forker über Besoldungsfragen. Die Not des akademischen Nachwuchses behandeln Oberregierungsrat Dr. Gelbhaar und Studienassessor Dr. Reichert. In einer Festsitzung am 23. Oktober spricht Oberpräsident a. D. Winnig über „die deutsche Krise".

Die Forderungen der sächsischen Philologen

Dresden. Der Sächsische Philologentag, der aus ganz Sachsen gut besucht war, beschäftigte sich mit Berufs- und Standesfragen, wobei zum Ausdruck kam, daß sich der akademisch gebildeten Lehrerschaft eine große Erregung darüber bemächtigt habe, daß die Philologen auf Grund der neuen Gesetzgebung bereits vor Erreichung der Dienstaltersgrenze abgebaut werden können. Diese Bestimmungen seien unhaltbar, da auf der einen Seite den vorzeitig Abgebauten Wartegeld gezahlt werden müsse, auf der anderen Seite die im Dienst verbleibenden Kräfte überlastet würden. Einmütig wandte sich die Versammlung gegen jede weitere Gehaltskürzung. Das studentische Werkjahr sei abzulehnen, die Primaner seien aber bereit, ein Jahr dem Dienst der Gesamtheit zu opfern wie früher beim Militär; ein Werkjahr im Rahmen einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht könne für Abiturienten außerordentlich wertvoll sein.

Wenn Sie einmal . . . . .
nach Dresden kommen, dann versäumen Sie bitte nicht die gemütlichen
Weinprobierstuben
Spielhagen zu besuchen.
Annenstraße 9 **Bautzner Straße 9**
Große Gläser — Billige Preise — Kalte Küche

: **Sächsische Münze ohne Beschäftigung.** Auch im September hatte die Sächsische Münze in Muldenhütten fast nichts zu tun, während Berlin, Karlsruhe und Hamburg recht gut beschäftigt waren. In Muldenhütten wurden nur für 12 000 RM. Vierpfennigstücke — genannt Brüning-Sechser — geprägt, von denen man im Verkehr absolut nichts zu sehen bekommt.

: **Neue Lehrgänge der Hochschule für Stenographie.** Die vom Dresdner Stenographenverband e. V. unterhaltene Hochschule für Stenographie eröffnet am Mittwoch abends 7 Uhr in der Handelshochschule von Rackow, An der Kreuzkirche 3/II, einen neuen Lehrgang, der unter der Leitung von Dr. Kratzsch steht und die freie Kürzung behandelt. Anmeldungen an den Leiter der Hochschule für Stenographie, Lektor Erich Geißler, Carlowitzstr. 34, Ruf 32224.

: **Stadtrat Eichler gestorben.** Nach kurzer, aber schwerer Krankheit starb in Dresden Stadtrat Paul Eichler im 61. Lebensjahr. Er war viele Jahre hindurch an der Landesversicherungsanstalt tätig und gründete in der Zeigner-Zeit die Gewerkschaft Sächsischer Staatsbeamter. Eichler war viele Jahre hindurch der Führer der demokratischen Stadtverordnetenfraktion und wurde 1930 zum Stadtrat gewählt.

Kaffestunde im Deutschen Hygiene-Museum. Wiederum ladet auf Mittwoch, den 12. Oktober, nachmittags 3.30 Uhr, das Deutsche Hygiene-Museum zu einer Kaffeestunde ein. Das aus mehreren Punkten zusammengesetzte Programm der Kaffeestunde sieht u. a. vor allem eine Vorführung des Filmes „Hänschen fährt ins Spielzeugland" vor. Das mit Recht so beliebte erste Dresdner Knaben- und Jugendorchester spielt eine vielseitige Folge ernster und heiterer Musik. Eintritt: 0.60 RM. einschließlich Ausstellungs- und Museumsbesuch, einer Tasse Kaffee und Gebäck. (Vergünstigungen sind für diesen Nachmittag aufgehoben.) Wiederholt sei darauf hingewiesen, daß die Ausstellung „Vom Essen und Trinken" bis einschließlich Sonntag, den 23. Oktober, verlängert ist.

Verzweiflungstat einer Mutter

Sie geht mit zwei Kindern in den Tod

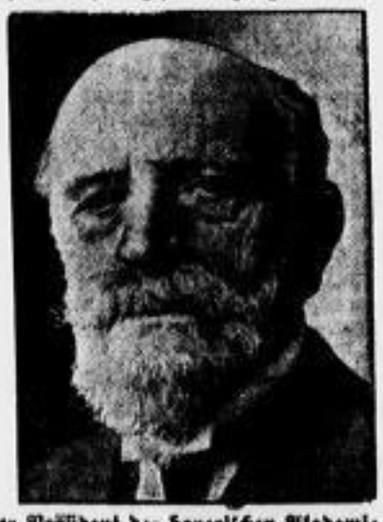
Heidenau. Eine hier wohnhafte Ehefrau wurde mit ihren beiden Kindern, zwei Knaben im Alter von 5 und 6 Jahren, gasvergiftet tot aufgefunden. Die Frau war freiwillig aus dem Leben geschieden und hatte ihre beiden Kinder mit in den Tod genommen. Es handelt sich um die ehemalige russische Adelige Alexandra von Guminski. Sie war nach dem Umsturz in Rußland nach Deutschland gekommen und hatte geheiratet. Der Mann hatte zunächst in Köhlschenbroda ein Sägewerk betrieben, das sich nicht rentierte. Zuletzt betrieb er in Dresden eine kleine Druckerei. Der Grund zu der Verzweiflungstat der Frau dürfte in ungünstigen finanziellen und familiären Verhältnissen zu suchen sein.

Die Ausstellung des Verbandes der unkorporierten Dresdner Künstler hat zurzeit auf dem Altmarkt über der Löwenapotheke, Eingang Wilsdruffer Straße, ihr Heim aufgeschlagen. Künstler verschiedener Richtungen haben sich hier für ihre sehr lebendig wirkende Schau einen ideal neutralen Boden geschaffen. Von Limmer sehen wir ein Aquarellblatt „Blühendes Schilf", das durch seine schöne Raumverteilung erfreut. Max Schenker zeigt eine Reihe Radierungen, darunter die lichtschimmernde Vision: Bach spielt. Von Schenker sind auch die farbensprühenden Gladiolen. Ein Bild geruhsamen Friedens ist die alte Frau am Spinnrad von Kleditsch. Schreyer stellt eine schöne Winterlandschaft aus, von Morgenthal ist ein liebevoll ausgeführtes Kinderbildnis. Seine Herbststudien vom Heller zeigen delikatesten Farbensinn. — Ein Genuß für den Beschauer sind wie immer die feinen Radierungen von Steiniger. Neben den wundervollen Baumstudien und Felsformationen ist das Blatt mit der Ruine des Zisterzienserklosters Sensburg durch seinen weihevollen Ernst besonders bemerkenswert. Von Leben durchpulst zeigen sich die Radierungen Wünsches, Straßenszenen und Eindrücke von der Vogelwiese. In eine Welt von Sonne und Licht führen uns die Aquarelle von Ufer. Wir sehen von ihm den locker und duftig gemalten Mohn und die ein starkes Farbentemperament offenbarenden Blätter mit den Frauengestalten. Echte südliche Stimmung zeigt sein Lago Maggiore. Fein ausgewogen im Kolorit sind die weißleuchtenden Stiefmütterchen von Schleinitz, der auch eine eindrucksvolle Landschaft ausstellt. Seine schlafenden Katzen sind ein Bild der Ruhe und des Friedens. Von Tammer ist ein breitgemalter schöner Fliederstrauß und eine ungemein lebendig wirkende Landschaft. Die Bronzen von Grünert, ein Kruzifixus und ein Adlerkopf, werden von keinem Besucher übersehen werden. Von Gretschel sind die lichtdurchglühten Sonnenrosen.

Die reizvollen Kleinplastiken von Anton Büschelberger, besonders das lustige Böckchen und der temperamentvolle Esel, werden viel Freude erregen. Noch manche anderen künstlerisch wertvollen Arbeiten müßten erwähnt werden. Doch mögen diese Proben genügen, den Wunsch rege zu machen, diese mit so viel Liebe und Umsicht zusammengestellte Ausstellung zu besuchen.

M. R. W.

Technische Hochschule Dresden. Wie wir erfahren, ist an Herrn Professor Dr. Bernhard Schilling ein Ruf an die Tungchi-Universität Schanghai ergangen.



Der Präsident der bayerischen Akademie †
Geheimrat Karl von Göbel, Altmeister der deutschen Pflanzenforschung und Präsident der bayerischen Akademie der Wissenschaften, verstarb im Alter von 77 Jahren.